

4075/AB XX.GP

Die Abgeordnete Dr. Martina Gredler, Partnerinnen und Partner haben am 28. Mai 1998 unter der Nummer 4493/J - NR/1998 an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

1. "Wie schätzen Sie die Aussichten für einen raschen Abschluß der Verhandlungen in Genf zu dem Überwachungsprotokoll ein?"
2. Welche Position nimmt Österreich, welche die EU insgesamt bei den Verhandlungen ein?"
3. In welchen Bereichen gibt es noch Probleme mit welchen Ländern, die einem raschen Abschluß im Wege stehen?"
4. Welchen Beitrag leistet Österreich, um die Schwierigkeiten zu überwinden?"
5. Welche Haltung hat die österreichische Industrie zu den Verhandlungen eingenommen?"
6. Wie wird Österreich seinen EU - Vorsitz nützen, um den Verhandlungsprozeß für das Verifikationsprotokoll voranzutreiben?"
7. Zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage wird eine Expertenkonferenz, die derzeit in Wien zur B - Waffenkonvention stattfindet, beendet sein. Welche Ergebnisse hat sie erbracht?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Genfer Ad - Hoc - Verhandlungsgruppe behandelt seit 1994 die Frage der Erstellung eines Verifikationsprotokolls zur Biologiewaffenkonvention 1972. Als zentrale Punkte der Verhandlungen wurden die zwingende Abgabe von Erklärungen zu Aktivitäten militärischer und ziviler Anlagen, Verdachtsinspektionen bei Vorliegen begründeten Verdachtes des Verstoßes gegen zentrale Verpflichtungen (d.h. Einsatz oder Produktion biologischer Waffen, Produktion oder Lagerung relevanter biologischer Substanzen in nicht rechtfertigbaren Mengen) und die Vornahme von Besuchen von militärischen und zivilen Anlagen zur Verifikation festgelegt. Der nunmehr vorliegende Verhandlungstext ist mit einer Vielzahl von Klammerausdrücken versehen, die noch offene Fragen anzeigen. 1998 sind im Juni/Juli drei, im August/September vier Verhandlungswochen vorgesehen, sodaß noch 1998 ein weitgehender Fortschritt in den Verhandlungen zu erwarten ist. Ein Abschluß der Textverhandlungen ist frühestens mit Frühjahr 1999 zu erwarten.

Zu Frage 2:

Österreich strebt den raschen Abschluß der Verhandlungen an, um die bestehende Verifikationslücke im Bereich der Biologiewaffen zu füllen. Entsprechende Mechanismen bestehen bereits im Chemiewaffenbereich durch die Chemiewaffenkonvention bzw. die internationale Kontrollbehörde in Den Haag, aber auch im Nuklearbereich durch das neue Zusatzprotokoll zu den bestehenden IAEA - Sicherheitskontrollabkommen.

Österreich setzt sich im Rahmen der Verhandlungen insbesondere für die Aufnahme umfassender Besuchsrechte der künftigen Kontrollbehörde ein, um eine glaubhafte Einhaltung der Vertragsbestimmungen gewährleisten zu können. Weiters koordiniert Österreich die sensiblen Fragen der Exportkontrolle für die Westliche Gruppe.

Die EU befürwortet einen raschen Abschluß der Verhandlungen und fordert eine Fertigstellung des Textentwurfes bis Ende 1998. Im Rahmen eines gemeinsamen Standpunktes vom 25. Februar 1998 drückte die EU ihre Hauptanliegen für das künftige Protokoll aus, die Meldungen biologischer Agenzien, Verdachtsinspektionen, Besuche und die Schaffung einer kostengünstigen sowie kleinen Überwachungsbehörde umfassen. Der EU kommt die zentrale Verhandlungsrolle im Rahmen der Genfer Verhandlungen zu.

Zu Frage 3:

Auffassungsunterschiede bestehen vor allem noch zu Fragen des Besuchsregimes, der friedlichen Zusammenarbeit, der künftigen Kontrollorganisation sowie Exportkontrollen. Zum Besuchsregime nehmen eine Reihe von Staaten noch eine skeptische Haltung ein, wobei etwa der Schutz von Industrieinteressen und der Umfang der Zugangsrechte zu den Diskussionspunkten gehören.

Westliche Staaten unterstützen eine Ausweitung der Zusammenarbeit. Vermieden werden soll aus westlicher Sicht eine Duplizierung bestehender Kooperationen auf multilateraler (WHO, UNEP, UNDP etc) und bilateraler Ebene. Staaten der Dritten Welt stellen hingegen Maximalforderungen auf, die aufgrund patentrechtlicher sowie organisatorischer Gründe nicht erfüllbar sind. Es ist von entsprechenden Kompromissen, vor allem mit Bezug auf Exportkontrollen, auszugehen.

Zur künftigen Kontrollorganisation war vor allem russischer Widerstand gegenüber einer eigenen Kontrollbehörde feststellbar, da Rußland eine zentrale Rolle des VN - Sicherheitsrates bevorzugte. Nunmehr stehen Fragen der Größe der Organisation, ihrer genauen Befugnisse bzw. jener ihrer Organe im Vordergrund der Verhandlungen.

Zu Exportkontrollen verlangen Staaten der Dritten Welt deren Multilateralisierung sowie eine Auflösung bestehender Exportkontrollregime. Westliche Staaten sehen solche Exportkontrollen als Erfüllung ihrer einschlägigen Vertragsverpflichtungen an. Ein Kompromiß wird erst zu einem späten Verhandlungszeitpunkt möglich sein.

Zu Frage 4:

Österreich nimmt aktiv an den Verhandlungen teil und hat insbesondere schriftliche Beiträge zu den Themen Besuche, Exportkontrollen und organisatorische Fragen eingebracht. Gemeinsam mit sogenannten „like - minded countries“ (Schweden, Kanada, Schweiz, UK, Australien) erstellt Österreich neue Textentwürfe zum Besuchsregime.

Darüberhinaus hat Österreich am 28. - 29. Mai 1998 ein internationales Biologiewaffensymposium in Wien abgehalten und nimmt für August 1998 einen Probebesuch eines österreichischen Industrieunternehmens mit ausländischer Beteiligung in Aussicht. Darüberhinaus wird Österreich als EU - Vorsitz aktiv die Position der Union weiterentwickeln helfen, insbesondere zu technischen Fragen (Agenzien, Ausrüstungen) und organisatorischen Bereichen (Zugangsrechte, Inspektionsmodalitäten, u .a.).

Zu Frage 5:

Die österreichische Industrie nimmt eine positive Haltung zu den Verhandlungen ein. In reger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten einerseits und der Industrie andererseits wurde eine sehr gute Gesprächsbasis etabliert, die zur Teilnahme von Industrievertretern an diversen Veranstaltungen (EU -Industriekonferenz am 13. Mai in Brüssel, Wiener Symposium) und zu einem ständigen Informationsfluß geführt hat.

Weiters stellt die Bereitschaft eines österreichischen Biotechnologieunternehmens, einen Probebesuch in seinen Anlagen zuzulassen, einen konkreten Beitrag dar, der in der Folge - insbesondere im Lichte der internationalen Teilnahme - als wichtiger Beitrag in die Genfer Verhandlungen eingebracht werden kann.

Zu Frage 6:

Für die Österreichische EU - Präsidentschaft ist insbesondere an eine laufende Koordinierung der EU - Position sowohl im Rahmen der zuständigen Arbeitsgruppe CODUN als auch einer eigens eingesetzten Expertengruppe zu technischen Detailfragen gedacht. Dabei wird auf der gemeinsamen Position sowie den bisher gemeinsam eingebrachten EU - Arbeitspapieren zu Fragen des Besuchsregimes, der künftigen Kontrollbehörde, der Agenzienliste und der Ausrüstungsliste aufzubauen sein. Weiters werden die Genfer Verhandlungen dazu benützt werden, im Rahmen von Troika - Treffen die Verhandlungsposition anderer Staaten zu beeinflussen und somit einen raschestmöglichen Abschluß der Verhandlungen sicherzustellen. Daneben wird Österreich den Dialog mit der europäischen Industrie weiterführen.

Zu Frage 7:

Die angesprochene Expertenkonferenz wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, der Universität für Bodenkultur und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam veranstaltet und kann als Erfolg gewertet werden. Über 100 Experten aus der ganzen Welt nahmen daran teil, wobei es erstmals zu einem interdisziplinären Zusammentreffen von Genfer Verhandlern, Industrievertretern und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung zu Fragen der Implementierung der Biologiewaffenkonvention gekommen ist. Als Ergebnisse können eine strukturierte Neuschreibung des Besuchsregimes, ein verstärktes Abstellen auf bestehende regulative Mechanismen im Industrie - und Forschungsbereich, eine Identifizierung der Grenzen der Industriekontrolle sowie der Aufbau eines neuen Kommunikationsflusses zwischen den genannten Personengruppen aufgezählt werden. Die Ergebnisse des Wiener Treffens wurden im Juni des Jahres im Rahmen der Genfer Verhandlungen vorgestellt.